

## **Green Deal - EU-Abgeordnete beurteilen Übergangsfonds zurückhaltend**

*Utl.: SPÖ fordert nach Bekanntgabe des Verteilungsschlüssels "mehr rotes Herz im Green Deal" - ÖVP: Stärkerer Österreich-Fokus "wünschenswert" - Grüne begrüßen 53 Mio. Euro für Österreich*

Straßburg/Brüssel/Wien (APA) - Zurückhaltend bis kritisch haben sich österreichische Delegationen im EU-Parlament zu der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verteilung der 7,5 Milliarden Euro aus dem "Fonds für einen fairen Übergang" geäußert. Die EU-Behörde will mit den Geldern aus dem EU-Budget einen Anstoß für Investitionen geben, um stark von fossilen Energieträgern abhängigen EU-Ländern die Klimawende zu erleichtern.

Die Mittel sind für ko-finanzierte Projekte vorgesehen, die weitere Investitionen in Höhe von 30 bis 50 Mrd. Euro anziehen sollen. Ein "starkes Finanzpaket, um wirtschaftlich schwächeren Personen unter die Arme greifen zu können", ist für den SPÖ-EU-Abgeordneten Günther Sidl aber "noch viel zu wenig gegeben". "Es braucht eindeutig mehr rotes Herz im Green Deal", so Sidl. Es könne "sicher nicht funktionieren, dass die KonsumentInnen zur Kasse gebeten werden, während sich etwa die Industrie, Energie-Konzerne oder die Landwirtschaft über Ausnahmeregelungen sowie große finanzielle Zuwendung freuen dürfen".

Die ÖVP-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer hält den Übergangsfonds für ein "wichtiges Instrument", um "die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Technologieumstieges so gut wie möglich abzufedern". Ein stärkerer Fokus auf Österreich wäre laut Schmiedtbauer "aber wünschenswert gewesen". 53 Mio. Euro bzw. der Mindestbetrag von sechs Euro pro Einwohner stehen laut dem aktuellen Vorschlag für kofinanzierte Projekte in Österreich zur Verfügung. Die Vergabe der Gelder aus dem "Fonds für einen fairen Übergang" bestimmen ökonomische und soziale Faktoren in gleichem Maße. Wichtigste Kriterien sind die Treibhausgasemission in Industrieanlagen und die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze im Kohlebergbau sowie in der Industrie.

Monika Vana, EU-Delegationsleiterin der Grünen, begrüßte hingegen, dass die EU-Kommission derzeit auch Gelder für Österreich vorsieht. Für eine "detaillierte Einschätzung des Verteilungsschlüssels" sei es zu diesem Zeitpunkt "noch zu früh", da Förderfähigkeit und Förderbedingungen erst von Rat und Europaparlament beschlossen werden.

Vana zeigte sich erfreut, dass aus dem Entwurf der EU-Kommission die Atomkraft als nicht förderfähig hervorgehe. Das EU-Parlament fordere auch ein verbindliches Datum für den Kohleausstieg und ambitionierte, nationale Klimapläne für die Vergabe. Sonst werde der "Just Transition Fonds" sein Ziel verfehlen, ist die EU-Mandatarin überzeugt.

Der FPÖ-EU-Abgeordnete Roman Haider sieht den Fonds als "ein kostspieliges Unterfangen, das vor allem die europäischen Bürger spüren werden" und ein "Lippenbekenntnis an diejenigen Menschen, deren Arbeitsplätze man durch die geplante Klimarevolution aufs Spiel setzt". Den Green Deal und die "erdachten Lösungsansätze" der EU-Kommission seien

"bedrohlich für die industrielle und wirtschaftliche Zukunft Europas", teilte Haider im Namen der FPÖ-Delegation mit.

Eine erneute Spaltung zwischen Ost- und Westeuropa werde "forciert, da Länder wie Polen energiepolitisch auf Kohle heute noch angewiesen sind". Die FPÖ-Delegation erwartet, dass "Nettozahler wie Österreich" zur Kassa gebeten werden und Bundeskanzler Sebastian Kurz "sein Versprechen" nicht einhalten werde, dass es zu keiner Erhöhung des österreichischen EU-Beitrags komme.

Für die NEOS kommt es darauf an, "wie die Umsetzung ausgestaltet sein wird". "Wir werden darauf achten, dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht werden", teilte EU-Abgeordnete Claudia Gamon mit und fügte hinzu, es dürfe "keinesfalls" dazu kommen, "dass nationale Regierungen die Mittel zweckentfremden".

Der größten Teil des Fonds und gleichzeitig der Maximalbetrag, nämlich zwei Mrd. Euro, soll laut dem Verteilungsschlüssel für Polen zur Verfügung stehen, sofern es sich zur CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 bekennt. Im Oktober hatte Warschau als einzige europäische Regierung seine Zustimmung zu dem Klimaziel im Rahmen des "Green Deals" der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen verweigert. An zweiter Stelle liegt Deutschland mit 877 Mio. Euro.

Der Fonds ist Teil des "Mechanismus für einen gerechten Übergang", der von 2021 bis 2027 100 Mrd. Euro in besonders betroffene Regionen schleusen soll. Dieser setzt sich aus dem "Just Transition Fund" in Höhe von 7,5 Mrd. Euro, der weitere Investitionen in Höhe von 30 bis 50 Mrd. Euro generieren soll und dem InvestEU-Schema für einen "Fairen Übergang", das 45 Mrd. Euro an Investments mobilisieren soll, zusammen. Dazu kommt eine neue Kreditlinie für den öffentlichen Sektor der Europäischen Investitionsbank, gestützt durch das EU-Budget, die 25 bis 30 Mrd. Euro an Investitionen anziehen soll, wie die EU-Kommission am Dienstag mitteilte.

Delegationsleiterin Vana kritisierte an der Kommunikation der EU-Kommission zur Aufteilung des "Just Transition Funds", dass dem Europaparlament erst nach den EU-Botschaftern der Verteilungsvorschlag vorgelegt worden sei. Das Europaparlament und Rat müssten jedoch laut den europäischen Verträgen gleichberechtigt über die Ausschüttung des Fonds entscheiden. Vana erwartet daher von der Kommission, dass "Europaparlament und der Rat gleichermaßen zu laufenden Gesetzgebungsverfahren informiert werden".